

VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER ANGESTELLTENVERBÄNDE / PRESSEDIENST
Talacker 34, 8001 Zürich, Tel.: 01 23 49 07

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die Schweizerische Angestelltenkammer, das oberste Organ der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA), befasste sich mit den beiden Vorlagen für die Volksabstimmung vom 26. September 1976.

Der Radio- und Fernsehartikel, zu dem Nationalrat M. Chopard referierte, wird von ihr einstimmig befürwortet. Die VSA ist der Auffassung, dass die Vorlage eine klare und ausgewogene Verfassungsgrundlage schafft, ohne den Massenmedien unangemessene Fesseln aufzuerlegen; andererseits werden die Interessen und die Freiheit der Empfänger gebührend berücksichtigt.

Sodann wurde, nach einem Referat von Nationalrat W. Sauser, mit 27 gegen 4 Stimmen die Ausgabe der Nein-Parole zum Volksbegehren zur Einführung einer staatlichen Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung beschlossen. Die VSA lehnt die VPOD-Initiative vor allem deswegen ab, weil die Privatassekuranz auf diesem Gebiet ihre Aufgaben seit einiger Zeit erfüllt und die Verstaatlichung bedeutende volkswirtschaftliche Nachteile zur Folge hätte.

Nach Anhörung eines Referates von Dr. M. Zumstein, Sektionschef im Büro des Beauftragten für die Preisüberwachung zum Thema Importpreise und Währungsgewinne, forderte die Kammer mit Nachdruck die Weiterführung der Preisüberwachung; auf alle Fälle darf sie nicht ohne Volksabstimmung aufgehoben werden.

Sekretariat VSA

Zürich, 6.9.1976 w/b